

Blick über unsere Grenzen

Autor(en): **Brunner, Dominique / L.T.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Pionier : Zeitschrift für die Übermittlungstruppen**

Band (Jahr): **43 (1970)**

Heft 1

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-560182>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Blick über unsere Grenzen

Volk und Armee müssen ernährt werden. Beide sind aufeinander angewiesen. Hier wird die Armee von zivilen Ressourcen leben, dort aber die Zivilbevölkerung mit dem Nötigsten versorgen müssen. Im Hinblick auf alle diese Aufgaben und auf andere stellt die Neuorganisation des Territorialdienstes mit der Übereinstimmung von Territorialzonen und Kantonsgebieten einen bedeutsamen Fortschritt dar.

Auf gewissen Gebieten hat der Territorialdienst besondere Bedürfnisse der Feldarmee zu befriedigen. Genauso wie die Feldarmee haben die Zivilbehörden spezielle Bedürfnisse, die nicht von vornherein total, das heisst gemeinsam, anfallen und erfüllt werden müssen. Sie können plötzlich auftreten und von solcher Bedeutung sein, dass die wirksame Hilfe der Feldarmee geboten ist. Namentlich im Katastrophenfall benötigen die Zivilbehörden massive Hilfe, zum Beispiel Luftschutztruppen, Sanitätstruppen, Genietruppen, Ordnungstruppen, Betreuungsdetachements für Obdachlose usw. Wie hochempfindlich eine hochindustrialisierte Gesellschaft ist, welche Probleme der blosse Ausfall einer Telephonzentrale stellt, hat die Brandstiftung in der Telephonzentrale Hottingen vor kurzem eindringlich gezeigt.

Praktische Folgerungen

Gemeinsame Übungen der Zivilbehörden mit dem Territorialdienst der Armee in gemischten Stäben sind am ehesten geeignet, das Verteidigungsdenken weiterzuentwickeln. Durch Koordination soll mit geringstem Aufwand die grösstmögliche Wirkung erzielt werden.

Solches Bemühen eröffnet mancherlei Erkenntnisse und Entwicklungsmöglichkeiten. Ein Beispiel ist die Ausnützung von Talenten für die totale Verteidigung: Eine Persönlichkeit mit leitender ziviler Funktion in einer grossen Ölgesellschaft ist irgendwo als Soldat eingeteilt und könnte in der Versorgung mit flüssigen Treib- und Brennstoffen Hervorragendes leisten.

Der Fortschritt unserer Wehrebereitschaft hängt wesentlich davon ab, dass die territorialdienstlichen Funktionäre im Armeestab, die Kommandanten und Stäbe der Territorialzonen, der Territorialkreise und Territorialregionen mit Offizieren besetzt werden, die über eine umfassende militärische und zivile Ausbildung verfügen. Sie müssen in Zusammenhängen konstruktiv denken können und in der Lage sein, fruchtbare Beziehungen zwischen der Armee einerseits, den zivilen Behörden und den kompetenten Männern der Wirtschaft andererseits herzustellen und zu unterhalten. Das ist weniger eine Frage von Lorbeerkränzen und breiten Galons als eine solche der starken Persönlichkeit.

Das militärische Kräfteverhältnis im Nahen Osten

Die Häufung blutiger Zwischenfälle zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn Ende 1968 und zu Beginn des neuen Jahres hat zu einer bedrohlichen Zuspitzung der Lage im Nahen Osten geführt. Neue grössere bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den unerschrockenen Israelis und den umliegenden arabischen Regierungen, die sich hartnäckig weigern, die durch ihre vernichtende Niederlage von 1967 geschaffenen Tatsachen anzuerkennen, scheinen zwar nicht unbedingt wahrscheinlich zu sein; die Gefahr ist aber grösser als je seit dem Juni-Krieg. Die an sich massvolle Haltung der israelischen Regierung, über die auch die Entschlossenheit und Härte, mit welcher arabische Übergriffe und Provokationen beantwortet werden, nicht hinwegtäuschen sollten, spricht eindeutig gegen die Befürchtung, Israel könnte einen Krieg mehr oder weniger leichtfertig auslösen. Zu einem solchem käme es wahrscheinlich nur, wenn die arabischen Regierungen in ihrem irrationalen Hass gegen Israel ihre Provokationen derart steigern würden, dass sie von diesem Staat als untragbar empfunden würden und die Versuchung unwiderstehlich würde, sich durch einen grossen Schlag für einige Zeit Ruhe zu verschaffen.

Damit gewinnt die Frage nach dem militärischen Kräfteverhältnis im Nahen Osten, das keine zwei Jahre nach dem Zusammenbruch von Ägyptern, Jordanern und Syrern sich wieder wesentlich verändert hat, grosse Aktualität. Gegenwärtig halten die Streitkräfte der Israeli einerseits und der Araber andererseits einander, trotz namentlich zahlenmässiger Unterschiede, im wesentlichen die Waage, wie beispielsweise eine kürzlich herausgegebene Lageanalyse des Instituts für strategische Studien (London) zeigt.

Israel ist auf drei Seiten von einem zahlenmässig weit überlegenen Feind eingekreist. Ägypten allein hat 31,5 Millionen Einwohner, dazu kommen noch 1,2 Millionen Jordanier, 5,6 Millionen Syrier und 1,75 Millionen Libanesen. Auch die 4 Millionen Saudiaraber und 7,3 Millionen des Iraks müssen zu den Feinden der Juden gerechnet werden, obwohl sie keine direkten Grenzen mit Israel haben.

Auf Grund dieser bedrohlichen geopolitischen Lage und der aggressiven Haltung der Araber hat Israel eine gut ausgerüstete und glänzend ausgebildete Armee aufgebaut. Das Gros kann im Ernstfall binnen 48—72 Stunden vollmobilisiert werden, womit eine Stärke von 275 000 erreicht wird. Ein Drittel der Streitkräfte, welche über 9 aktive (5 Infanterie-, 3 Panzer-, 1 Fallschirmjägerbrigade) und 24 Reservebatterien verfügen, ist mit Panzern und gepanzerten Fahrzeugen ausgerüstet. Es stehen den Streitkräften mindestens 130 M-48 Patton, 100 Centurion-Panzer des Typs 7 mit 105-mm-Geschützen, 125 weitere Centurion, 120 T 54/55, 200 Sherman und Super Sherman sowie 125 AMX-13 Panzer zur Verfügung. Dazu kommen noch etwa 290 gepanzerte Kampfmittel, eine aus 510 modernen Geschützen, die Hälfte selbstfahrend, bestehende Artillerie und andere technisch ausgerüstete Spezialtruppen.

Die israelische Luftwaffe besteht heute aus 270 Kampfflugzeugen, die Kriegsmarine aus 35 diversen Schiffen, darunter 3 U-Booten und 1 Zerstörer.

Die Stärke der verhältnismässig kleinen israelischen Streitkräfte besteht in der hochwertigen Ausbildung der Mannschaften, ihrer Kampfbereitschaft, dem harmonischen Zu-

sammenwirken aller Waffengattungen und in der Anpassung der Waffen an die spezifischen Erfordernisse eines Wüstenkrieges.

Der stärkste Feind Israels unter den Arabern, welche direkt in den Sechstagekrieg verwickelt waren, ist Ägypten. Das Land verfügt über eine 211 000 Mann starke Armee. Die Armee ist in 6 Panzer- und 15 Infanteriebrigaden, 1 Fallschirmjägerbrigade, 8 Artillerieregimenter und 10 Kommandobataillone gegliedert. Die im Junikrieg zerschlagene Panzerwaffe verfügt heute wieder über rund 850 Panzer diverser sowjetischer Typen. Die Artillerie besitzt 600 Geschütze, grösstenteils sowjetischer Herkunft.

Die Luftwaffe Nassers, welche 1967 praktisch vernichtet worden war, erhielt seither von Moskau 470 Kampfflugzeuge. Die Raketruppen bilden eine gesonderte, 4000 Mann starke Waffengattung, welche über 100 Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von zwischen 100 und 400 km besitzen soll. Die Kriegsmarine besteht aus 125 Schiffen, zu einem grossen Teil sowjetischer Herkunft, darunter 13 U-Booten und sechs Zerstörern.

Die Streitkräfte Jordaniens und Syriens sind insgesamt etwa 110 000 Mann stark. Sie sind in 14 Infanterie-, 4 Panzer- und zwei mechanisierte Brigaden und eine Fallschirmjägerbrigade gegliedert. Dazu kommt noch die Königliche Leibgarde in Jordanien, die 1 Brigade stark ist und aus Elitetruppen besteht. Die 410 Panzer, über welche die beiden Länder insgesamt verfügen, sind in Jordanien westlicher, in Syrien sowjetischer Herkunft. Die Luftwaffe Syriens umfasst insgesamt 106 Kampfflugzeuge, die Jordaniens angeblich nur 21.

Bei aller zahlenmässigen Übermacht haften den arabischen Streitkräften entscheidende Mängel an. Eine der Hauptschwächen liegt, nach den Erfahrungen von 1967 zu schliessen, in der mangelhaften Ausbildung, in der sehr niedrigen Kampfmoral und dem geringen Intelligenzniveau der Mannschaften. Ein Graben trennt das Offizierskorps von der Truppe. Auch lässt das Zusammenwirken zwischen den verschiedenen Waffengattungen sehr zu wünschen übrig. Dazu kommt noch, dass die von den Sowjets gelieferten Waffen nicht den örtlichen Erfordernissen angepasst sind. Obwohl seit dem Sechstagekrieg viel Versäumtes nachgeholt wurde und die ägyptischen und syrischen Streitkräfte mit Hilfe sowjetischer Offiziere völlig neu organisiert wurden, bleibt es weiterhin fraglich, ob sie sich im Ernstfall bewähren würden. Dies ist auch einer der Gründe, weshalb die Araber fürs erste davor zurückschrecken, den ihnen zahlenmässig unterlegenen Feind anzugreifen und an ihm für die 1967 erlittene Niederlage Rache zu nehmen.

L. T.

Passiver Widerstand — ein Jahr später

Im August jährte sich der Tag, an dem im Westen und auch in unserem Land Hoffnungen, auf die man als Ersatz für nüchterne Lageanalysen politische Programme und Pläne gegründet hatte, zertrümmert wurden und Vorstellungen, an die man sich jahrelang geklammert hatte, als Illusionen entlarvt wurden: der russische Einfall in die Tschechoslowakei. Der 1. August des darauffolgenden Jahres bildet keinen unpassenden Anlass, sich über dieses Ereignis Rechenschaft zu geben. Nicht etwa in der Absicht, Parallelen zwischen der Lage des unglücklichen tschechischen Volkes und dem auf

sich selbst gestellten Kleinstaat zu ziehen. Auch nicht mit dem Zweck, unsere Freiheit und Freiheiten, unser Verschontbleiben von Krieg und Fremdherrschaft in ein durch den Kontrast heller erscheinendes Licht zu rücken und unseren Wehrwillen als einen der Faktoren unseres so viel angenehmeren Loses zu rühmen. Sondern einzig aus dem Grund, weil die Haltung verschiedener Kommentatoren, bestimmter sich an die Öffentlichkeit wendender Gruppen sowie Einzelner vor dem 21. August, während der Ereignisse und nachher ein bezeichnendes Licht auf die Oberflächlichkeit des Urteils mancher über bestimmte aussenpolitische Vorgänge geworfen hat. Die Überraschung, ja der Schock, den der sowjetische Entschluss, militärische Macht zur Unterbindung einer in der Sicht des Kremls potentiell gefährlichen innenpolitischen Entwicklung in einem Staat seiner engeren Interessenszone einzusetzen, hervorrief, legt davon Zeugnis ab, wie unfähig man vielmehrorts ist, das Phänomen der Macht, das Verhalten einer hegemonialen Grossmacht und die sowjetkommunistische Diktatur richtig einzuschätzen. Die Hauptursache dieses Versagens liegt in der Weigerung, ohne weiteres erkennbare Tatsachen unvoreingenommen ins Auge zu fassen, und umgekehrt in der Bereitschaft, sich Sand in die Augen streuen zu lassen, wenn das sich daraus ergebende Weltbild besser mit den eigenen Wunschorstellungen übereinstimmt. An die Eventualität des Einsatzes militärischer Macht, um die Tschechen wieder auf den Moskaus Interessen entsprechenden Weg zurückzuführen, wollte man nicht glauben, weil nicht sein konnte, was nicht sein durfte. Man unterliess es weiterhin, den Versuch zu machen, sich in die Haut des andern zu versetzen, das heisst, wie Wellington es nannte: die andere Seite des Hügels zu sehen. Und tat man es doch, so konstruierte man tausend Gründe, die angeblich den Misserfolg des Rückgriffs auf die nackte Macht besiegeln würden: Die Gefahr eines Krieges in Europa, der Prestigeverlust der Sowjetunion in der Welt und die damit verbundenen Nachteile, der Rückschlag für die kommunistischen Parteien namentlich im Westen und was dergleichen mehr ist. Die Lagebeurteilung war grundfalsch, weil die strategischen Gegebenheiten jahrelang verkannt worden waren und weiterhin verkannt werden, weil die Möglichkeiten einer straff organisierten Diktatur unterschätzt und weil die Bedeutung des Faktors Weltöffentlichkeit falsch beurteilt wurde.

Man verschloss die Augen vor dem, was Helmut Schmidt in seinem jüngsten Buch «Strategie des Gleichgewichts» wie folgt treffend formuliert: «Der Hauptgrund für die weitgehende Polarisierung der gegenwärtigen Welt liegt nicht direkt in der Bevölkerungsgrösse der Sowjetunion und der USA — China und Indien sind vielfach grösser —, sondern er liegt in deren Macht; genauer gesprochen: in ihrer physischen, militärisch anwendbaren Macht, welche die Macht aller anderen Staaten quantitativ um Grössenordnungen und qualitativ um Klassen unter sich lässt und sie — bildlich gesprochen — zu Zwergmächten macht.» Und als Grund dafür nennt er: «Wir neigen zur pauschalen Verurteilung moderner Waffen und Rüstung . . . und haben deshalb nur sehr geringe Anstrengungen unternommen, zu verstehen, wie sehr die Politik der beiden Weltmächte, aber auch anderer Staaten vom Vorhandensein dieser Waffen und von dessen Konsequenzen bestimmt wird.» Wegen der neuen Waffen sind die Räume, in welchen wesentliche Interessen einer Weltmacht auf dem Spiele stehen, un-

antastbare Interessensphären, an denen sich die andere Macht kaum vergreifen wird. Eine Ausweitung der tschechischen Krise zum bewaffneten Konflikt in Europa war auf jeden Fall sehr unwahrscheinlich, sie war es besonders, nachdem die tschechische Armee, die kaum über Munition verfügte, nicht imstande war, während längerer Zeit Widerstand zu leisten. Die Sowjetunion ging mit dem Einmarsch kein besonderes Risiko ein. Und um sicher zu gehen, handelte sie im Geist der zeitgenössischen strategischen Theorie und unterrichtete den Gegenspieler, die USA, vorsorglich über ihr Vorhaben und beugte so jedem Missverständnis vor.

Die Weltöffentlichkeit konnte kein ernster Hinderungsgrund sein, von der Macht Gebrauch zu machen, weil ein Polizeistaat seine eigene Öffentlichkeit abschirmen kann und deren Einfluss anders als in einer Demokratie ohnedies sehr begrenzt ist. Die sogenannte Weltöffentlichkeit ist aber nur insofern wirksam, als sie auf die Öffentlichkeit eines bestimmten Landes einwirken kann und diese ihrerseits ihrer Regierung Schwierigkeiten bereiten kann (wie die amerikanische Öffentlichkeit der Regierung Johnson wegen Vietnam). Und schliesslich wog der Prestigeverlust in der Welt und wogen die Interessen der kommunistischen Parteien im Westen natürlich weit weniger schwer als der vom Kreml befürchtete Abfall der CSSR als Folge der Liberalisierung und die höchst gefährlichen Konsequenzen im ganzen Satellitenkranz, die sich daraus ergeben hätten.

Kaum waren die Entspannungspropheten und Fechter wider die «kalten Krieger», d. h. jene, die die Dinge nüchtern betrachteten, derart deutlich ihrer Inkompetenz überführt worden, fanden sie einen neuen Anlass, ihrem Wunschdenken freien Lauf zu lassen und damit ihre Unfähigkeit erneut zu dokumentieren, das Wesen militärischer Macht zu begreifen: Sie erwärmten sich für den passiven Widerstand. Dass passiver Widerstand wohl das einzige war, was die Tschechen noch tun konnten, dass sie dabei beispielhaften Mut bewiesen, ist unbestritten. Völlig unbegreiflich ist jedoch, wie hierzulande Journalisten, Pfarrherren, Schriftsteller usw., die ernstgenommen werden möchten, dazu kommen konnten, den Verzicht auf militärischen Widerstand unseres Landes in einem gleichen Fall zu fordern und den sogenannten passiven Widerstand anzupreisen. Was bereits im letzten Spätsommer täglich deutlicher wurde, ist mittlerweile unübersehbare harte Wirklichkeit geworden: Der passive Widerstand hat den Tschechen nichts genützt, die vom Kreml verlangten Änderungen sind vorgenommen worden, die Knebelung der Presse vollzogen, die linientreuen Bürokraten wieder an der Macht,

die Geheimpolizei wieder mächtig, russische Truppen nach wie vor im Land. Wären jene, die im vergangenen Sommer mit verdächtiger Eile — verdächtig, weil sie ihrer unreflektierten Ablehnung legitimer militärischer Gegenwehr und damit vorgefassten Meinungen entsprang — gegen unsere militärischen Abwehrvorbereitungen vom Leder zogen und uns passiven Widerstand lautstark empfahlen, ehrlich um das Erkennen des Richtigen bemühte Leute, so müssten sie mit derselben Vehemenz wie vor Jahresfrist eingestehen, dass passiver Widerstand kein Mittel ist, die eigene Freiheit gegenüber einer entschlossenen totalitären Grossmacht zu erhalten.

Aus diesen Erfahrungen können einige Lehren gezogen werden. Die erste ist die, dass einmal mehr bestätigt worden ist, dass Grossmächte und besonders totalitäre Grossmächte ungestraft militärische Macht zur Wahrung ihrer Interessen einsetzen können, solange sie keine wesentlichen Interessen der anderen Grossmacht verletzen. Das wiederum ist auf die Existenz der Atomwaffen zurückzuführen. Daraus folgt aber, dass Europas Sicherheit in erster Linie von der Präsenz der USA in Europa und von der Bedeutung abhängt, die die USA ihren europäischen Interessen beimessen. Ob Europa in Zukunft für sie eine so grosse Rolle spielen wird wie bisher, ist natürlich ungewiss.

Zweitens hat sich gezeigt, dass manche Kommentatoren unfähig sind, die sicherheitspolitische Lage richtig zu deuten, weil sie sich Wunschvorstellungen hingeben und die Bedeutung der militärischen Macht in unserer Zeit, weil diese ihren Idealvorstellungen nicht entspricht, falsch beurteilen.

Schliesslich hat die da und dort feststellbare Begeisterung für den passiven Widerstand erkennen lassen, wie weit die geistige Verwirrung auch in unserem Land bereits fortgeschritten ist. Denn es bedürfte wirklich keiner prophetischen Gaben, um vorauszusehen, dass eine rücksichtslose und raffinierte Besatzungsmacht diesen passiven Widerstand schnell zu brechen wüsste.

Die Ereignisse in der CSSR haben die Notwendigkeit einer auf weite Sicht geplanten, auf die möglichen Bedrohungen zugeschnittenen Landesverteidigung neu schlagend bestätigt. Sie haben damit aber auch gezeigt, dass die pazifistische, auf Wunschdenken und Illusionen beruhende Agitation den wohlverstandenen Interessen unseres Volkes schadet. Eine starke Landesverteidigung bleibt angesichts der Ungewissheit bezüglich der Zukunft, der Unmöglichkeit, eine leistungsfähige Abwehr im Notfall zu improvisieren, und dem, was im Konfliktfall auf dem Spiele steht, unentbehrlich.

Dominique Brunner